



Positionen

Christoph M. Schmidt

## Wohlstand durch Leistung

#33 vom 24. September 2009

# Impressum

## Vorstand des RWI

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (Präsident)  
Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)  
Prof. Dr. Wim Kösters

## Verwaltungsrat

Dr. Eberhard Heinke (Vorsitzender)  
Dr. Henning Osthues-Albrecht; Dr. Rolf Pohlig; Reinhold Schulte  
(stellv. Vorsitzende)  
Manfred Breuer; Oliver Burkhard; Dr. Hans Georg Fabritius;  
Hans Jürgen Kerkhoff; Dr. Thomas Köster; Dr. Wilhelm Koll;  
Prof. Dr. Walter Krämer; Dr. Thomas A. Lange; Tillmann Neinhaus;  
Hermann Rappen; Dr.-Ing. Sandra Scheermesser

## Forschungsbeirat

Prof. Michael C. Burda, Ph.D.; Prof. David Card, Ph.D.; Prof. Dr. Clemens Fuest;  
Prof. Dr. Justus Haucap; Prof. Dr. Walter Krämer; Prof. Dr. Michael Lechner;  
Prof. Dr. Till Requate; Prof. Nina Smith, Ph.D.

## Ehrenmitglieder des RWI

Heinrich Frommknecht; Prof. Dr. Paul Klemmer †; Dr. Dietmar Kuhnt

## RWI Positionen

Herausgeber:  
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung  
Hohenzollernstraße 1-3, 45128 Essen, Tel. 0201-8149-0

Alle Rechte vorbehalten. Essen 2009

Schriftleitung:  
Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

Redaktion:  
Nils aus dem Moore,  
Tel.: 030-2021598-15, nils.ausdemmoore@rwi-essen.de

Konzeption und Gestaltung:  
Julica Marie Bracht, Daniela Schwindt, Benedict Zinke

Die RWI Positionen im Internet: [www.rwi-essen.de/positionen](http://www.rwi-essen.de/positionen)

**Wohlstand durch Leistung**



**Positionen**

Christoph M. Schmidt

**Wohlstand durch Leistung**

#33 vom 24. September 2009

ISBN 978-3-86788-154-8



**Christoph M. Schmidt**

Präsident des RWI in Essen, Professor für Wirtschaftspolitik und angewandte Ökonometrie an der Ruhr-Universität Bochum, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Research Fellow des Centre for Economic Policy Research (CEPR) in London und des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn.

## Zusammenfassung<sup>1</sup>

Im Bildungsbereich muss die Illusion überwunden werden, dass ohne Leistungsdifferenzierung durch stärkere Eigenverantwortung, Leistungsvergleiche und Wettbewerb um (Förder-)Mittel ein nennenswerter Fortschritt erzielt werden kann. Von zentraler Bedeutung ist dabei eine verbesserte Informationspolitik, die Stärken und Schwächen der Anbieter im Bildungsmarkt transparent macht. Die Logik des Wettbewerbsföderalismus, dass sich aus verschiedenen Ansätzen die besten Lösungen herauskristallisieren und dann übernommen werden, würde von der abstrakten Idee endlich zur politischen Praxis.

Eine Volkswirtschaft, die ihren Platz am oberen Ende der internationalen Einkommensskala behalten will, kann es sich nicht erlauben, überall nur „gutes Mittelmaß“ zu stellen. Stattdessen muss es ihr Ziel sein, im internationalen Wettbewerb zumindest in ausgewählten Bereichen deutlich sichtbare Spitzenplätze zu besetzen. Es reicht aber nicht aus, sich auf eine schmale Bildungs- und Leistungselite zu beschränken. Nur ein breites Fundament von Kompetenzen bildet die stabile Basis für eine prosperierende Gesellschaft. Das Augenmerk der Bildungspolitik sollte daher auf fünf Aspekten liegen: Intensivierung der frühkindlichen Bildung, Verzahnung von Bildungs- und Integrationspolitik, mehr Durchlässigkeit im Schulsystem, mehr Transparenz, Autonomie und Wettbewerb bei Schulen und Hochschulen, Intensivierung des lebenslangen Lernens.

Wohlstand durch Leistung – ob wir auch künftig die mit diesem Prinzip der globalisierten Wirtschaft verbundenen Chancen nutzen können, wird durch die Weichenstellungen im Bildungsbereich entschieden.

---

<sup>1</sup> Der Autor dankt Dr. Bernhard Lageman, Nils aus dem Moore und Joachim Schmidt für wertvolle Hinweise und Anregungen. – Die vorliegende RWI Position aktualisiert und erweitert Abschnitt 5 „Das Bildungssystem der Zukunft“ aus Schmidt 2007.

### Wohlstand durch Leistung

#### Warum wir einen echten Bildungswettbewerb der Bundesländer brauchen

Der Vergleich von Bildungsindikatoren, die auf die quantitative Erfassung der Eigenschaften und Leistungen der Bildungssysteme der deutschen Bundesländer abzielen und somit die langfristigen Konsequenzen unterschiedlicher bildungspolitischer Weichenstellungen offenbaren, führt zu einem eindeutigen Schluss: Die beiden süddeutschen Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern lassen in der Schul- und Hochschulbildung mit der Ausnahme Sachsens alle anderen (großen) Bundesländer deutlich hinter sich, vor allem Nordrhein-Westfalen (u.a. Lageman, Schmidt 2006; Schmidt 2007).

Will man aus diesen Erkenntnissen geeignete Lehren für die Gestaltung der künftigen Bildungspolitik ziehen, dann sollte der Ausgangspunkt dieser Überlegungen unsere von der laufenden, umfassenden Veränderung des Wirtschaftslebens geprägte Lebenswirklichkeit sein.

Hatte das Bildungssystem der Vergangenheit noch primär die Aufgabe, nachwachsende Generationen auf eine stark arbeitsteilig organisierte Arbeitswelt vorzubereiten, und konnte die Mehrzahl der Menschen noch davon ausgehen, dass sie die von ihnen einmal gewählte Spezialisierung weitgehend durch ihr Berufsleben tragen würde, so ist dies heute nur noch eine Erinnerung.

Anders als in der Industriegesellschaft des ausgehenden 20. Jahrhunderts, in der Bildungsinhalte noch eine Halbwertszeit von Jahrzehnten besaßen, gehört bereits heute der stetige Wandel von Arbeitsinhalten und -abläufen zum Alltag. Die Zukunft wird nicht mehr durch die Massenfertigung standardisierter Produkte und durch die hierarchische und funktional streng getrennte Organisation der Betriebe geprägt sein. Stattdessen werden in vielen Wirtschaftsbereichen flexibel zusammengestellte und in flacher Hierarchie operierende Teams ein jeweils auf die Bedürfnisse des Abnehmers maßgeschneidertes Produkt anbieten. Nach der erbrachten Leistung werden sich diese Teams häufig wieder auflösen, damit sich ihre Mitglieder neuen Aufgaben widmen können.

Diese Arbeitswelt der „organisationellen Revolution“ (Snower 1998) verlangt von den Menschen weniger das Abrufen „fest verdrahteter“ Kenntnisse. Entscheidend wird vor allem die Fähigkeit sein, sich aufbauend auf einem soliden Kenntnisstand schnell neues Wissen anzueignen und im Rahmen gemeinschaftlichen Arbeitens

# Wohlstand durch Leistung

nutzbar zu machen. Neben den kognitiven Aspekt der Lernfähigkeit treten somit verstärkt andere Aspekte der Leistungsfähigkeit, wie etwa Neugier, Durchhaltevermögen und Teamfähigkeit. Für die Bildungspolitik stellt sich somit die Frage, wie sie durch eine geeignete Organisation des Bildungssystems („passiv“) und durch gezielte Maßnahmen („aktiv“) den nachwachsenden Generationen die besten Chancen eröffnen kann.

Ein wichtiger Schritt liegt darin, die langfristigen Folgen von bereits im frühen Kindesalter entstandenen Defiziten für die spätere Lernfähigkeit zu erkennen und daher den Zugang zu einem ebenso fördernden wie fordernden Lernumfeld schon für Kleinkinder zu ermöglichen. Zudem scheint es dringend geboten, den vermeintlichen Gegensatz zwischen sozialer Durchlässigkeit und Leistungsorientierung aufzulösen, der die deutsche Debatte um das dreigliedrige Schulsystem nach wie vor dominiert. Schließlich muss es gelingen, die Idee des „lebenslangen Lernens“ von einer rhetorischen Hülle in die Realität zu überführen. Auch Erwachsene müssen sich künftig als stetig weiter Lernende begreifen.

Bei allem Streben nach Exzellenz in der Forschung und Spitzenleistung in der Bildung darf allerdings nicht versäumt werden, die breite Mehrheit der nachfolgenden Generationen mitzunehmen. Dies gilt in Deutschland an vorderster Stelle für die Kinder und Enkel von Zuwanderern, deren bislang oft unzureichende (Bildungs-)Integration zu einem großen Teil auf das Fehlen einer hinreichenden Integrationspolitik zurückzuführen ist. Diese müsste intensiviert und mit der Bildungspolitik verzahnt werden. Schließlich wird eine Volkswirtschaft im Bildungswettbewerb nur dann bestehen können, wenn sie Transparenz und Wettbewerb als leistungsfördernde Chancen begreift. Gerade diese Haltung scheint in den besser abschneidenden Bundesländern stärker ausgeprägt zu sein und einen Teil ihres Vorsprungs zu begründen.

## 1. Lernen im Lebenszyklus

Die Ausbildung leistungsfähiger Generationen fängt nicht erst mit einem wettbewerbsorientierten und leistungsfähigen Hochschulsystem an. Aktuelle Erkenntnisse der empirischen Bildungsforschung (Carneiro, Heckman 2003) legen nahe, dass der Aufbau von Humankapital ein mehrstufiger Prozess ist, der von der frühesten Kindheit bis in das jugendliche Erwachsenenalter und darüber hinaus reicht. Versäumnisse einer Stufe lassen sich in einer späteren Lebensphase nur sehr schwer und bestenfalls zum Teil wieder ausbügeln. Denn die kognitiven wie nicht-kognitiven Fähigkeiten, die in der frühkindlichen Entwicklung erworben werden (oder eben auch nicht), sind für den Aufbau anderer Humankapitalelemente in späteren Lebensphasen offenbar sehr wichtig. Umso besser die ersten Stufen des

## Position #33 vom 24. September 2009

Lebenslernweges genommen werden, umso größere und erfolgreichere Schritte sind später möglich. Aufgrund dieses Multiplikatoreffekts sollte ein Hauptaugenmerk des bildungspolitischen Handelns auf der frühkindlichen Phase liegen.

Die starke Selektion im deutschen Bildungssystem wird spätestens seit den ernüchternden Ergebnissen der PISA-Studien von vielen Beobachtern kritisiert (z.B. Sinn 2006). Das dreigliedrige deutsche Schulsystem führt trotz aller Bemühungen um Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Ebenen dazu, dass die Schüler bereits im vorpubertären Alter weitgehend auf einen Bildungsweg festgelegt werden, in der Regel natürlich von ihren Eltern. Die vergleichsweise geringe Bildungsmobilität über die Generationen hinweg, die sich in Deutschland im Gegensatz zu anderen entwickelten Volkswirtschaften zeigt, ist vermutlich auch eine Folge der frühen Weichenstellungen im deutschen Bildungssystem. Der Einfluss des Bildungssystems auf die Bildungsmobilität lässt sich allerdings nur schwer präzise ermitteln.

Aufgrund der nicht-experimentellen Natur des Untersuchungsgegenstands lassen sich im schulischen Bereich unterschiedliche Kontextbedingungen nur mit großen Einschränkungen empirisch untersuchen. Dies gilt insbesondere für die Frage, ob ein heterogenes Lernumfeld tendenziell die schwächeren Schüler mitzieht oder die schulische Leistung insgesamt hemmt (Fertig 2002). In Deutschland war die Diskussion um die Gesamtschule in der Vergangenheit bedauerlicherweise trotz (oder wegen?) dieser Erkenntnisprobleme stark bildungsideologisch überfrachtet. Solange die meisten Befürworter der integrierten Sekundarschulbildung gleichzeitig zu den Skeptikern von klar definierten Leistungsanforderungen und Wettbewerb gehören, wird sich dieses Dilemma nicht auflösen.

In der wissensbasierten Ökonomie des 21. Jahrhunderts wird „lebenslanges Lernen“ für immer mehr Personen zur Normalität werden. Die Menschen werden nur dann mit dem technologischen Wandel Schritt halten können, wenn sie ihre Kenntnisse regelmäßig erweitern und neues Wissen erwerben. Im Zeichen des demographischen Wandels gewinnt nicht zuletzt die berufliche Weiterbildung älterer Arbeitnehmer an Bedeutung. Das gilt gerade auch für die Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen, für die in den neunziger Jahren noch großzügig bemessene Vorruhestandsprogramme aufgelegt wurden. Die Umsetzung des Postulats „lebenslanges Lernen“ setzt eine weitreichende Umstrukturierung des Bildungssystems voraus. Hiervon ist allerdings bei nüchterner Betrachtung in Deutschland, aber auch in den meisten anderen OECD-Ländern, bislang wenig zu sehen.

## 2. Verzahnung von Bildungs- und Integrationspolitik

Deutschland ist im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte zum größten europäischen Zuwanderungsland geworden (u.a. Bauer et al. 2005), doch die Politik hat dieses Selbstverständnis über lange Zeit mehrheitlich abgelehnt und sich der damit einhergehenden Notwendigkeit einer systematischen Integrationspolitik verweigert. Verbunden mit der Zuwanderungspolitik der sechziger und frühen siebziger Jahre, die auf die Anwerbung niedrig qualifizierter Arbeitnehmer für Arbeitsstellen in der Industrie abgezielt hatte, und der Offenheit gegenüber Zuwanderungswilligen deutscher Abstammung in der postkommunistischen Ära, hatten diese mangelnden Integrationsanstrengungen erhebliche Auswirkungen. Aktuell kann weder die Integration der Menschen, die in den vergangenen Jahrzehnten nach Deutschland eingewandert sind, noch die ihrer Kinder und Enkelkinder als gelungen betrachtet werden, auch wenn viele Zuwandererfamilien sich zweifellos hervorragend in die deutsche Gesellschaft integriert haben. Die Hauptzielgebiete der Zuwanderung in den Nachkriegsjahrzehnten, wie etwa Nordrhein-Westfalen oder Berlin, sind in besonderem Maße von Integrationsproblemen betroffen.

Das schlechte Abschneiden von Kindern mit Migrationshintergrund in den PISA-Erhebungen zeigt, dass das deutsche Schulsystem bisher nur unzureichend in der Lage ist, den besonderen Problemlagen der Kinder und Enkel von Einwanderern gerecht zu werden. Eine umfassende Literatur (u.a. Riphahn, Serfling 2002) dokumentiert mittlerweile die deutliche Divergenz der Schulerfolge von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund. Hierbei geht es um die adäquate Beherrschung der deutschen Sprache, aber auch darum, dass sich Bildungsdefizite, die für Kinder bildungsferner Schichten typisch sind, bei einzelnen Einwanderergruppen häufen.

Die bessere Integration der Zuwanderer ist kein spezifisch westdeutsches bzw. Berliner Problem, sondern stellt sich aufgrund der in den ostdeutschen Bundesländern immer wieder zu Tage tretenden mentalen Barrieren gegen „Ausländer“ (Brenner, Fertig 2006; Fertig, Schmidt 2002) dort noch etwas akzentuierter – paradoxerweise gerade wegen des dort niedrigen Anteils der „ausländischen“ Bevölkerung. Die Schulen werden die Integrationsprobleme kaum auf sich allein gestellt bewältigen können. So stellt sich gleichzeitig die Frage nach einer gezielten staatlichen Einwirkung auf das Erziehungshandeln in Einwandererfamilien mit einem anderen kulturellen Hintergrund. Ohne eine adäquate Lösung der Bildungsprobleme der Zuwanderer aus bildungsfernen Schichten wird es jedenfalls kaum gelingen, bei der Bildung in die Spitzengruppe der europäischen Staaten vorzustoßen.

### 3. Konsequenz bei Transparenz und Wettbewerb

Im Bildungsbereich muss wie auch in anderen Schlüsselbereichen unserer Gesellschaft die Illusion überwunden werden, dass ohne Leistungsdifferenzierung durch stärkere Eigenverantwortung, Leistungsvergleiche und Wettbewerb um (Förder-) Mittel ein nennenswerter Fortschritt erzielt werden kann. Von zentraler Bedeutung ist dabei eine verbesserte Informationspolitik, die Stärken und Schwächen der Anbieter im Bildungsmarkt transparent macht. Gute Statistiken sind gnadenlos, denn sie reduzieren unübersichtliche Informationen auf ihren wesentlichen Kern. Die im Bildungsbereich besonders verhängnisvolle Vorliebe für umfassende Einzelfalldiskussionen ohne klare Konsequenzen könnte mit ihrer Hilfe durchbrochen werden. Die Logik des Wettbewerbsföderalismus, dass sich im dezentralen Wettfeiern aus verschiedenen Ansätzen die besten Lösungen herauskristallisieren, bliebe nicht länger eine abstrakte Idee, sondern würde endlich zur politischen Praxis.

Schon heute läßt sich aus den (relativen) Erfolgen von Ländern wie Baden-Württemberg oder Bayern einiges lernen, insbesondere am anderen Ende des Leistungsspektrums im größten deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen. Vor allem sollte die Öffnung gegenüber dem Wettbewerb schon in den Schulen anfangen, die Einführung landesweiter Abiturprüfungen kann dabei nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung sein.

Eine Volkswirtschaft, die ihren Platz am oberen Ende der internationalen Einkommensskala behalten will, kann es sich wohl kaum erlauben, überall nur „gutes Mittelmaß“ zu stellen. Stattdessen muss es ihr Ziel sein, im internationalen Wettbewerb zumindest in ausgewählten Bereichen deutlich sichtbare Spitzenplätze zu besetzen. Es reicht aber auch nicht aus, sich auf eine schmale Bildungs- und Leistungselite zu beschränken. Nur ein breites Fundament von Kompetenzen bildet die stabile Basis für eine prosperierende Gesellschaft. Wohlstand durch Leistung – ob wir auch künftig die mit diesem Prinzip der globalisierten Weltwirtschaft verbundenen Chancen nutzen können, wird durch die Weichenstellungen im Bildungsbereich entschieden.

## Literatur

- Bauer, T.K., B. Dietz, K.F. Zimmermann and E. Zwintz (2005), German Migration: Development, Assimilation and Labour Market Effects. In K.F. Zimmermann (ed.), *European Migration: What Do We Know?* Oxford University Press, 197-261.
- Brenner, J. and M. Fertig (2006), Identifying the Determinants of Attitudes towards Immigrants – A Structural Cross-Country Analysis. RWI : Discussion Paper 47. Essen.
- Carneiro, P. and J.J. Heckman (2003), Human Capital Policy. In J.J. Heckman and A. Krueger (eds.), *Inequality in America: What Role for Human Capital Policy*. Cambridge, MA: MIT Press.
- Fertig, M. (2002), Educational Production, Endogenous Peer Group Formation and Class Composition – Evidence From the PISA 2000 Study. RWI : Discussion Paper 2. Essen.
- Fertig, M. and Ch.M. Schmidt (2002), The Perception of Foreigners and Jews in Germany – A Structural Analysis of a Large Opinion Survey. IZA Discussion Paper 431. Bonn.
- Lageman, B. und Ch.M. Schmidt (2006), Humankapital, Bildung und Ausbildung in Deutschland. Eine aktuelle Bestandsaufnahme auf Ebene der Bundesländer. RWI : Materialien 30. Essen.
- OECD (ed.) (2006), *Education at a Glance*. OECD Indicators 2006. Paris.
- Riphahn, R. und O. Serfling (2002), Neue Evidenz zum Schulerfolg von Zuwanderern der zweiten Generation in Deutschland. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 71: 230-248.
- Schmidt, Ch.M. (2007), Zurück zur internationalen Spitze – Bildungsqualität und neue Eliten. In National-Bank AG (Hrsg.), *Jahresbericht 2006*. Beilage „An Rhein und Ruhr“. Essen, 6-49.
- Sinn, H.-W. (2006), Alte Ideologien. *Wirtschaftswoche* 2006 (11): 250.
- Snowder, D. (1998), Causes of Changing Earnings Inequality. In Federal Reserve Bank of Kansas City (ed.), *Income Inequality: Issues and Policy Options. Symposium Proceedings*. Kansas City, 69-132.

## Position #33 vom 24. September 2009



rheinisch-westfälisches institut  
für wirtschaftsforschung

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.  
Hohenzollernstraße 1-3  
45128 Essen

**Büro Berlin**  
Hessische Straße 10  
10115 Berlin

Das RWI ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

### Zuletzt erschienene Positionen des RWI

- #32 Eine Reformagenda für Deutschland
- #31 Du sollst nicht zocken
- #30 Quo vadis, Ökonomik?
- #29 Einkommensteuer senken, Pendlerpauschale abschaffen
- #28 Senkt die Einkommensteuer jetzt!
- #27 Ursachen der Finanzmarktkrise: Wer hat versagt?
- #26 CO<sub>2</sub>-Emissionshandel: Auswirkungen auf Strompreise und energieintensive Industrien
- #25 Für eine stabilitätsorientierte Geldpolitik
- #24 Das Mittelstandsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen und seine mögliche Zukunft Ungerechte Gerechtigkeit
- #23 Ungerechte Gerechtigkeit
- #22 Mindestlöhne ohne Reue - eine aussichtsreiche Option für Deutschland?
- #18.2 Photovoltaik: Wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten

Die RWI Positionen im Internet: [www.rwi-essen.de/positionen](http://www.rwi-essen.de/positionen)

## Wohlstand durch Leistung

